



AfD Regionsfraktion  
Hildesheimer Straße 20  
30169 Hannover

Abgeordnete  
Christiane Wichmann

E-Mail:  
AfD-  
Fraktion@regionsversammlung.de

Herrn  
Regionspräsidenten Hauke Jagau  
-im Hause-

Hannover, den 17.04.2020

### **Thema**

**Sachantrag der Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) in der Regionsversammlung Hannover, gerichtet an Herrn Regionspräsidenten Jagau, zur Behandlung im Regionsausschuss am 21.4.2020 und in der Regionsversammlung am 28.4.2020.**

### **Sicherstellung der Notfallbetreuung für Alleinerziehende und Eltern während des Krisenzustands durch Corona:**

Die Verwaltung schließt schnellstmöglich die Lücke für die Betreuung von Kindern, deren Erziehungsberechtigte nicht im Bereich der sogenannten kritischen Infrastrukturen (öffentliche Daseinsvorsorge) tätig sind. Bereits vorhandene Institutionen (z.B. Fluxx) sind zu diesem Zweck schnellstmöglich wieder einzusetzen bzw. weiter auszubauen.

Die Zielgruppe dieses Antrags sind Alleinerziehende die in eine existenzbedrohende Notlage kämen in Folge eines fehlenden Betreuungsangebots, z. B. durch drohenden Jobverlust.

Die Verwaltung prüft, wie Notlagen für Alleinerziehende verhindert werden können.

### **Begründung:**

Die gegenwärtige Situation stellt die Gesellschaft vor eine der größten Herausforderungen vergangener Dekaden. Alleinerziehende gehören vorrangig zum schützenswerten Teil unserer Gesellschaft.

Der Wegfall oder zumindest die eingeschränkte Betreuung durch Kitas und Schulen oder auch von Ausnahme-Betreuungsinstitutionen, wie z. B. Fluxx ist für viele Alleinerziehende aber auch Eltern im Allgemeinen eine Herausforderung bei der Bewältigung des Alltags.

Politische Ziele müssen also die Wiederherstellung oder die Sicherung der Betreuung von Kindern und Jugendlichen sein. Primär berücksichtigt wurden hier immer Eltern, die im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge tätig sind. Im Rahmen der vom RKI veröffentlichten sinkenden Ansteckungsraten sollten nun auch Eltern aus anderen Berufszweigen mit in den Fokus genommen werden. Auch diese können in Notsituationen geraten bei der Betreuung ihrer Kinder. Ein Verweis der Landesschulbehörde auf §616 BGB hat mit dem realen Leben nicht viel gemein und stellt weder Arbeitgeber noch die betroffenen Eltern zufrieden.

Mit freundlichem Gruß



AfD Regionsfraktion  
Hildesheimer Straße 20  
30169 Hannover

Abgeordnete  
Christiane Wichmann

E-Mail:  
afD-  
aktion@regionsversammlung.de